

Antragssteller: Silvan Theiss

1 Zeitenwende bedeutet keine Aufgabe von „Wandel durch Annäherung“

2 Verteidigungs- und Sicherheitspolitik anders denken

3 Seit dem 24.02.2022 ist unsere Welt eine andere. Bundeskanzler Olaf Scholz nannte es Zeitenwende.  
4 Eine Zeitenwende wie sie jüngere Jusos noch nicht, ältere bewusst zuletzt am 11. September 2001  
5 erlebten, wenn überhaupt. Für die Bundesrepublik waren vergleichbare Zeitenwenden der Fall der  
6 Mauer, der Beginn der Sozialliberalen Koalition 1969 und der Bau der Mauer 1961. Jeder dieser  
7 Ereignisse bedeutete fundamentale Weggabelungen für die deutsche und europäische wenn nicht  
8 gar Weltpolitik.

9 Die Ausweitung der russischen Aggression und ihre Eskalation auf einen Angriffskrieg gegen die  
10 gesamte Ukraine, erfordert wie die zuvor genannten Zeitenwenden eine Neujustierung der  
11 bisherigen politischen Positionen und Gewissheiten. Denn dieser imperialistische Angriff bedroht  
12 unsere seit 77 Jahren währende Friedensordnung in Europa, auch wenn in den letzten 77 Jahren  
13 andere Kriege innerhalb von Nationalstaaten die Friedensordnung herausforderten, ist dieser Krieg  
14 Putins aufgrund seiner imperialistischen völkischen Agenda anders. Bei dieser Neujustierung dürfen  
15 wir nicht zulassen, dass wir unsere Kernwerte aufgeben aber auch nicht dogmatisch im gestern und  
16 vorgestern verharren. Deshalb muss die Zeitenwende des Bundeskanzlers Olaf Scholz auch  
17 jungsozialistisch begleitet und gedacht werden und gleichzeitig alte Juso-Positionen überdacht  
18 werden.

19 Aus diesem Grund beschließt die Juso Unterbezirkskonferenz für die Jusos Dortmund folgendes:

- 20 - Wir sehen bis auf weiteres eine gut ausgestattete und finanzierte Bundeswehr zur Landes-  
21 und Bündnisverteidigung als notwendig für die Sicherheit und Demokratie in Deutschland  
22 und Europa an. Das 2 % Ziel der Nato ist diesbezüglich Orientierungsmarke, die nach  
23 Bedarfslage der Bundeswehr zur Ausübung ihrer Aufgabe der Landes- Bündnisverteidigung  
24 unterschritten aber auch überschritten werden kann.
- 25 - Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion, sowie insbesondere unsere Dortmunder  
26 Abgeordneten dazu auf, dass es bei der Finanzierung zu keinerlei Einschnitten in den  
27 Sonstigen Bereichen des Bundeshaushaltes kommt, sondern durch Veränderungen im  
28 Bereich Steuern, Subventionen und einer Aussetzung der Schuldenbremse es möglich wird  
29 diese und weitere Investitionen in die Zukunft zu tätigen.
- 30 - Wir fordern von der Bundesregierung eine eindeutige Festlegung der Einsatzdoktrin auf  
31 Landes- und Bündnisverteidigung und die Ausarbeitung eines neuen Weißbuches zur  
32 Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr, in der die Veränderungen seit dem letzten  
33 Weißbuch 2016 entsprechend bedacht werden.
- 34 - Wir unterstützen ausdrücklich die Lieferung von Militärgütern zur Landesverteidigung an  
35 bedrohte Demokratien. Bei einer Lieferung aus Beständen der Bundeswehr ist auf  
36 schnellstmöglichen Ausgleich zu drängen. Eine weitere Verminderung der Wehrfähigkeit ist  
37 zu verhüten.
- 38 - Wir fordern eine Steigerung der Attraktivität des „Arbeitgebers“ Bundeswehr.
- 39 - Wir fordern eine verstärkte Antidiskriminierung und Antirassismus Kultur in der Bundeswehr  
40 und eine bessere Überprüfung der potentiellen Rekrut\*innen, um den Eintritt von Gegnern  
41 der freiheitlich demokratischen Grundordnung in die Bundeswehr möglichst zu verhindern.
- 42 - Wir begrüßen eine stärkere Einbindung der Bundeswehr in Job- und Ausbildungsmessen,  
43 sofern diese Messen sich an Menschen über 18 Jahren richtet und lehnen eine  
44 Sonderbehandlung der Bundeswehr durch die Ermöglichung von Schulbesuchen weiter ab.

- 45 - Wir fordern einen deutlichen Ausbau der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit bei
- 46 der Beschaffung von Rüstungsgütern bevorzugt mit unseren Partner\*innen in der
- 47 europäischen Union
- 48 - Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukraine.
- 49 - Wir stehen solidarisch und uneingeschränkt an der Seite unserer Partnerländer in der
- 50 Europäischen Union und lehnen jede völkerrechtswidrige Änderung von anerkannten
- 51 Grenzverläufen ab.
- 52 - Wir fordern einen Ausbau der Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik auf EU-Ebene um
- 53 mittel und langfristig eine zuverlässige unabhängige Verteidigung ohne die USA zu
- 54 ermöglichen.